



## **Ausschuss für Europa und Internationales**

### **1. Sitzung (öffentlich)**

23. September 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:05 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Konstituierung des Ausschusses</b>	<b>6</b>
	Vorsitzender Stefan Engstfeld stellt fest, dass sich der Ausschuss für Europa und Internationales konstituiert hat.	
<b>2</b>	<b>Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Europa, Internationales und Eine Welt in der 18. Wahlperiode</b>	<b>7</b>
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

- 3 Nachbarn, die einander helfen: Regionalpartnerschaft NRW und der Ukraine vorantreiben** 16
- Antrag  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/609
- Gespräch mit Frau Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine  
– abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 18/609 einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.
- 4 Wie vertritt die Landesregierung die Interessen NRWs im Gesetzgebungsprozess des Fit-for-55 Gesetzpakets? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** 23
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/177
- Wortbeiträge
- 5 Unterstützt die Landesregierung das Werben Manfred Webers für das Rechtsbündnis in Italien? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** 25
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/178
- Wortbeiträge
- 6 Wie positioniert sich die Landesregierung gegenüber der EU-Chemikalienstrategie und der REACH-Verordnung? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])** 26
- mündlicher Bericht der Landesregierung

**7** **Verschiedenes** (s. Anlage 3)**29**

Der Ausschuss stimmt dem Terminplan für das Jahr 2022 einstimmig zu.

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

begrüßt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** die Ausschussmitglieder, Herrn Minister Nathanael Liminski und Frau Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine. Er freue sich, dass Frau Shum bei der Sitzung heute dabei sei.

(Beifall)

Sein Gruß gehe an die weiteren Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie der Medien. Er begrüße auch Herrn Odebrecht vom Verbindungsbüro des Landtags NRW in Brüssel. Verwaltungsseitig erfolge die Betreuung des Ausschusses durch Frau Susanne Stall. Die Ausschusssitzungen würden protokolliert. Er begrüße dazu Frau Schröder-Djug von der Sitzungsdokumentation. Er frage, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gebe. – Das sei nicht der Fall.

## 1 Konstituierung des Ausschusses

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** merkt an, der Landtag habe in seiner Sitzung am 30. Juni 2022 auf Grundlage der Drucksache 18/86 einen Ausschuss für Europa und Internationales eingesetzt, der aus 11 Mitgliedern bestehe. Die Fraktionen seien im Ausschuss wie folgt vertreten:

CDU	4 Mitglieder,
SPD	3 Mitglieder,
Bündnis 90/Die Grünen	2 Mitglieder,
FDP	1 Mitglied,
AfD	1 Mitglied.

In seiner Sitzung am 24. August 2022 habe der Ältestenrat gem. § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen die Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter verteilt. Der Vorsitz des Ausschusses für Europa und Internationales stehe demnach der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, der stellvertretende Vorsitz der Fraktion der AfD. Nach der Benennung durch die berechtigten Fraktionen habe der Landtagspräsident den Landtag mit Drucksache 18/662 darüber unterrichtet, dass er, Stefan Engstfeld, Vorsitzender und der Kollege Sven Tritschler stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses seien.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen gebe er hiermit bekannt:

Sprecherin der CDU:	Romina Plonsker
Sprecherin der SPD:	Inge Blask
Sprecherin der Grünen:	Berivan Aymaz
Sprecherin der FDP:	Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Sprecherin der AfD:	Sven Werner Tritschler

Vorsitzender Stefan Engstfeld stellt fest, dass sich der Ausschuss für Europa und Internationales konstituiert hat.

## 2 Einführung in die politischen Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Europa, Internationales und Eine Welt in der 18. Wahlperiode

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** schlägt vor, dass die Abgeordneten nach der Berichterstattung Gelegenheit bekämen, sich mit einer kurzen Wortmeldung als erste Reaktion zu äußern. Die Aussprache zu der sogenannten Kleinen Regierungserklärung solle dann, wie es üblich sei, in der nächsten offiziellen Sitzung des Ausschusses am 21. Oktober 2022 erfolgen.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** bedankt sich dafür, dass es möglich gewesen sei, die heutige Sitzung in den Nachmittag zu verschieben. Das übliche Tagungszeitfenster lege eine Tagung am Vormittag vor. Er sei sehr froh, dass er bei der Konstituierung dieses Ausschusses dabei sein könne. Das sei ihm auch persönlich ein großes Anliegen. Da NRW aber diese Woche Gastgeber im Rahmen des MKP-Vorsitzes für die Jahreskonferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien in Münster sei, sei er gerade erst zurückgekehrt. Er sei dankbar, dass alle Obleute der Verschiebung zugestimmt hätten.

Des Weiteren wolle er im Nachgang zu der Sitzung dem Ausschuss seine Ausführungen zur Verfügung stellen.

Minister Nathanael Liminski trägt die Schwerpunkte der Landesregierung in den Bereichen Europa, Internationales und Eine Welt in der 18. Wahlperiode vor:

Ich glaube, an Tagesordnungspunkten wird es diesem Ausschuss und uns miteinander in den nächsten Jahren nicht mangeln. Wir haben viele europapolitische und internationale Entwicklungen, die uns nicht nur aus Interesse, sondern dieses Land auch ganz faktisch auf Trab halten und beschäftigen und die wir daher hier in diesem Ausschuss beraten müssen. Gerne will ich heute die Gelegenheit nutzen, einige Schwerpunkte zu schildern und auch ein wenig die Haltung zum Ausdruck zu bringen, mit der diese Landesregierung an diese Themen herangeht, soweit sie bisher absehbar sind.

Ich will ganz bewusst beginnen mit unseren direkten Nachbarn, mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg, die miteinander einen einzigartigen europäischen Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum bilden. Wir leben das Zusammenwachsen Europas hier in dieser Region. Für uns ist das Alltag. Ich sage das auch, weil das für viele andere deutschen Ländern nicht in der gleichen Weise sozusagen zur DNA gehört, für einige andere auch, aber wir erleben das immer wieder im Miteinander der Länder, so wie jetzt auch auf der Konferenz der letzten Tage, dass man manchmal die Selbstverständlichkeit, mit der wir an diese Fragen herangehen, dann doch erklären muss.

Deswegen ist es mir wichtig, vorweg zu sagen, dieser Kontext, dieses Dasein im Herzen Europas, das setzt einen klaren Rahmen für unser Regierungshandeln. Es prägt unsere Perspektive sowohl auf Anfragen generell, aber natürlich auch auf aktuelle Herausforderungen, die in besonderer Weise international geprägt sind. Damit komme ich schon zum Thema, das uns gleich noch einmal beschäftigen wird

gemeinsam mit der Generalkonsulin, nämlich den Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Dieser Krieg hat die Welt verändert. Sie ist nicht mehr die gleiche. Für uns steht fest als Landesregierung, dass wir als Nordrhein-Westfalen fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen. Wir sind solidarisch. Wir nehmen Kriegsverletzte und Geflüchtete auf. Wir koordinieren Spendensammlungen. Wir liefern Medikamente. Ich könnte diese Liste jetzt noch fortsetzen, aber wir kommen ja gleich auch noch einmal dazu.

Wichtig ist mir nur, hier den Punkt zu machen, dass wir nicht nur bei Ausbruch des Krieges und seitdem, sondern auch in Zukunft, auch nach dem Krieg diese Solidarität mit der Ukraine leben wollen, mit Leben füllen wollen. Dem dient ein Projekt, das den Ausschuss heute auch noch einmal beschäftigen wird, unsere angestrebte Aufbaupartnerschaft mit einer ukrainischen Region. Ich begrüße es sehr, dass gleich vier Fraktionen, die Fraktionen von CDU, Grünen, SPD und FDP, dieses Vorhaben mit der Landesregierung teilen, ihrerseits das für notwendig erachten und die Initiative dazu im Landtag auf den Weg gebracht haben. Ich glaube, das war ein gutes und wichtiges Signal.

Wir möchten die Unterstützung für die Ukraine neben dieser Aufbaupartnerschaft auch auf breitere Schultern stellen, indem wir das auch einbinden in unsere Arbeit im sogenannten Regionalen Weimarer Dreieck, gemeinsam mit unseren Partnern in Schlesien und Frankreich, Hauts-de-France. Wir haben dazu auch bereits erste Gespräche geführt, wenn ich sage wir, dann heißt das, dass das auch den Ministerpräsidenten an der Stelle umfasst. Das war uns wichtig, dass wir hier mit den Partnern in Polen, wo es besondere Sensibilitäten gibt, frühzeitig darüber sprechen. Wir erleben eine große Offenheit, wenn es darum geht, diese Partnerschaft auch europäisch auszulegen, was etwas Neues wäre. Der Marschall hat direkt erkannt, dass ihm so etwas nicht bekannt ist und dass er Freude daran hätte, daran mitzuwirken.

Wir werden neben diesem Engagement in der Ukraine und natürlich auch weiterhin ein großes Augenmerk auf den Westbalkan haben, dessen Staaten wir gemeinsam dabei unterstützen wollen, sich dem geopolitischen Einfluss Russlands und Chinas so weit wie möglich zu entziehen. Wir müssen einfach realistisch der Tatsache ins Auge schauen, dass China und Russland hier eine sehr ambitionierte und engagierte Politik verfolgen. Die Landesregierung wird sich besonders für unser Partnerland Nordmazedonien einsetzen. Im Weiteren, das haben sie vielleicht auch im Koalitionsvertrag schon gesehen, wollen wir unsere Zusammenarbeit mit dem Kosovo vertiefen und auch hier die Zivilgesellschaft weiter stärken. Das gilt sowohl für die Menschen vor Ort in den Ländern als auch ihre Landsleute hier bei uns an Rhein und Ruhr.

Das ist, glaube ich, der Punkt, den man sich immer wieder vor Augen führen muss: Wenn wir uns als Land an der Stelle international engagieren, dann tun wir gut daran, die wechselseitigen Bezüge und Effekte dabei im Blick zu behalten. Natürlich gilt das auch besonders für die Communitys hier im Land. Die Situation in der Ukraine bzw. die Folgen dieses Angriffskriegs haben uns vor Augen geführt, welche Abhängigkeit Deutschland von Russland mittlerweile bei den Energielieferungen



eingegangen war. Wenn wir das vermindern wollen, das sollte uns ja vereinen, dann brauchen wir dafür neue, zukunftsorientierte Lieferbeziehungen, auch eine Neuausrichtung des EU-Energie Binnenmarkts, mehr Diversität bei der Stromerzeugung und natürlich auch einen forcierten Ausbau der Erneuerbaren nicht nur aus ökologischen Gründen, aber auch aus Gründen der Unabhängigkeit und – man kann es mittlerweile auch sagen –, mit Blick auf die Preisstabilität. Mittlerweile ist es so, dass wir mit jeder Stromstunde sozusagen aus dem Bereich der Erneuerbaren an der Stelle auch Preisstabilität herstellen können, die wir dringend brauchen.

Das ist nämlich das, was, wenn es um Energieversorgungssicherheit und Unabhängigkeit geht, jetzt das Gebot der Stunde ist. Dafür stehen wir auch im Austausch mit unseren Nachbarn, mit Belgien und den Niederlanden. Unsere Energieversorgung kommt maßgeblich aus dem Westen. Das ist der Grund, warum wir gebetsmühlenartig daran erinnern, dass uns die ZARA-Häfen – also Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam – deutlich näher sind als mancher Hafen in Norddeutschland. Ich sage, dass – vielleicht auch aufgrund biographischer Bezüge, aber das ist nur eine Spekulation – in der Bundesregierung die Ausrichtung gegen Norden sehr stark ausgeprägt ist und wir immer wieder stetig daran arbeiten müssen, daran zu erinnern, dass für uns die Ausrichtung gegen Westen ein zentrales Interesse dieses Landes ist.

Das verbindet uns auch mit anderen Ländern im Westen Deutschlands. Ich habe dazu jetzt Gespräche auch mit Rheinland-Pfalz aufgenommen. Denn es ist an der Stelle immer gut, sich zusammen zu tun. Wir glauben, dass wir hier als große Chemiestandorte gemeinsame Interessen haben, die wir in Berlin entsprechend einbringen können, wenn es um eine – jetzt – Gasversorgung, – künftig – Wasserstoffversorgung im Westen Deutschlands geht.

Dafür braucht es auch die entsprechende Infrastruktur. Dazu, Sie haben es bereits vernommen, sind wir auch mit der belgischen Regierung im Austausch. Ich habe kürzlich die Gelegenheit gehabt, mit dem belgischen Botschafter konkret über die Liefermöglichkeiten aus Belgien zu sprechen und darüber, was es dafür jetzt von der Bundesregierung braucht. Wir haben das über den Sommer in diversen Formaten mit der Bundesregierung immer wieder betont. Ich stelle mittlerweile eine gewisse Bewegung fest. Aber wir haben noch nicht die Zusagen, die es braucht, damit der Ausbau der Infrastruktur in Belgien entsprechend vonstattengehen kann.

Neben dem Kontakten zu der belgischen Nationalregierung sind wir auch in Kontakt mit unseren regionalen Partnern, mit den flämischen Partnern. Sie wissen, dass wir im März als Landesregierung eine Energiepartnerschaft aufgelegt haben, die sich jetzt an der Stelle auszahlt. Wir sind in diesen Tagen im intensiven Austausch auch auf der Arbeitsebene, um hier Meilensteine zu definieren, die wir in der nächsten Zeit miteinander erreichen wollen. Wir werden trotzdem neben dieser sehr intensiven regionalen Partnerschaft versuchen, die Energiepartnerschaft auch auf ganz Belgien zu erweitern. Das wird Gegenstand sein von Regierungskonsultationen, die erstmals auch auf nationalem Level stattfinden werden, voraussichtlich noch in diesem Jahr. Auch hierzu habe ich mit dem Botschafter gesprochen. Es gibt ein großes

Interesse seitens des belgischen Premierministers, an der Stelle zeitig zusammenzukommen und konkret über Ziele miteinander zu sprechen.

Wir haben viele Dinge, die uns mit unseren Partnern im Beneluxraum verbinden. Das sind neben diesen akuten Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung auch die Fragen der grünen und digitalen Transformation. Wir wollen versuchen, unsere Region, den Lebensraum, den ich gerade eben beschrieben habe, gemeinsam attraktiver zu machen, und zwar durch alle Fragen hindurch, was die Sicherheit angeht, mit gemeinsamen Polizeiteams, ob es den Katastrophenschutz angeht, dessen Relevanz wir im vergangenen Sommer noch einmal erleben mussten, oder auch im grenzüberschreitenden Personenverkehr.

Das alles zeigt, Nordrhein-Westfalen setzt auf Europa. Das gilt nicht nur für uns selbst und unsere Partner, sondern auch für die Europäische Union insgesamt. Wir wollen eine handlungsfähige, eine starke Europäische Union, die das Recht schützt, die die Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit als ihren Gründungsprinzipien auch im Alltag umsetzt. Um all das zu erreichen und die Europäische Union dabei zu unterstützen, werden wir uns noch stärker als bisher in Brüssel einbringen und auch unsere eigenen Europafähigkeit stärken wollen.

Wir wollen auch den neu geschaffenen Rechtsstaatlichkeitspreis fortführen und damit ein Zeichen setzen, dass uns dieser Akzent unseres Engagements in der Europapolitik und in den internationalen Beziehungen besonders wichtig ist. Nordrhein-Westfalen ist bereits heute mit starker Stimme in Brüssel vertreten. Wir setzen uns zum einen über den Bundesrat für unsere europapolitischen Interessen ein, aber zum anderen auch über unsere Landesvertretung. Darüber hinaus vertritt Staatssekretär Dr. Mark Speich die Belange Nordrhein-Westfalens im Europäischen Ausschuss der Regionen, wo er in den letzten Jahren den Vorsitz der deutschen Delegation innehatte und nun zum Vizepräsidenten des AdR gewählt worden ist.

Für manche ist das vielleicht erst mal ein abstraktes Gremium. Es kann sich sehr konkret auswirken, wenn wir etwa an das denken, was Dr. Speich erreicht hat im Kontext des Kohle-Strukturwandels. Hier haben wir uns maßgeblich auch über den AdR, aber auch über andere Wege natürlich – auch der damalige Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, wenn ich das sagen darf, war involviert – bei der Beratung zum „Just Transition Fonds“ eingebracht und dafür gesorgt, dass in Nordrhein-Westfalen die von Kohleausstieg betroffenen Regionen mit zusätzlichen Mitteln bei ihrer grünen Transformation unterstützt werden. Das werden für Nordrhein-Westfalen insgesamt über die Jahre bis 2030 680 Millionen Euro sein, eine ganze Menge Geld, mit dem man viel Gutes tun kann.

Europapolitik braucht ein Fundament. Das gilt auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen dafür Akzeptanz, Verständnis, aber auch die Bereitschaft zum Engagement. Deswegen wollen wir unsere Europaaktivitäten durch zahlreiche, erfolgreiche Formate zum einen fortsetzen, aber auch verstärken. Wir werden Azubis im Programm „Europa erleben und lernen“ dabei unterstützen, eigene Europaerfahrungen zu machen. Wir möchten mit dem Interrail-Projekt besonders diesen jungen Menschen ermöglichen, ihr eigenes Europaerlebnis auf der Schiene zu machen, quer durch den Kontinent.

Wir sind bundesweit das Land mit den meisten Europaschulen. Es werden stetig mehr. Die Tendenz ist besonders wichtig. Dass Nordrhein-Westfalen von irgendetwas das meiste hat, ist jetzt nicht so verwunderlich, weil wir auch das größte Land sind. Wichtig ist die Tendenz und die stimmt, denn es werden mehr. Ich freue mich sehr, dass wir am 7. November hier im Landtag, im Plenarsaal neue Schulen in diesen Kreis aufnehmen. Dazu darf ich, auch wenn ich nicht der Hausherr bin, sondern auch nur Gast, trotzdem sehr herzlich einladen.

Wir haben außerdem weitere Aktivitäten, mit denen wir junge Menschen von Europa begeistern wollen, etwa der Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“ oder auch die Auszeichnung „Europaaktive Kommune“ und „Europaaktive Zivilgesellschaft“. All das unterstützt die kommunale Familie, aber auch konkrete Initiativen vor Ort, um Brücken nach Europa und in die Welt zu bauen. Es ist besonders dieser Austausch im Kleinen, zwischen Menschen, der das europäische Projekt und die internationale Zusammenarbeit auf ein sicheres, letztlich zukunftsfähiges Fundament auf Dauer stellt. Das wollen wir durch ein neues Förderprogramm weiter ausbauen. Der Grundgedanke wird dort sein, möglichst unbürokratisch Förderung zu ermöglichen und damit auch jungen Menschen das künftig noch leichter zu machen.

Wir wollen dabei auf die bestehende Infrastruktur der EU-Förderung bei uns im Land zurückgreifen. Es geht ja darum, nicht immer nur Neues zu schaffen, sondern das, was da ist, so zu ertüchtigen, dass es tatsächlich in der Fläche möglichst viele Menschen erreicht. Das wird an dieser Stelle unser Ansatz sein. Dass das auch auf fruchtbaren Boden stößt, dessen konnte ich mich selber vergewissern vor Kurzem, als ich am 20. Jugendgipfel im Regionalen Weimarer Dreieck kurzzeitig teilnehmen durfte, wo junge Menschen mit wirklich viel Elan die Zukunft ihrer Region in einem europäischen Geist gestaltet haben. Wir, die politischen Vertreter der drei Regionen, haben uns bei der Gelegenheit vorgenommen, dass wir künftig in diese Arbeit des Jugendgipfels auch ukrainische Jugendliche einbinden wollen. Das hätten wir gerne schon dieses Jahr gemacht, aber die Umstände sind schwierig. Aber wir wollen es künftig machen, sodass wir auch darüber eine Brücke schlagen. Das würde ein sehr schönes Pendant darstellen zu unserer entsprechenden Aufbaupartnerschaft.

Ich will noch etwas zu anderen Partnerschaften sagen, die gerade in Zeiten wie diesen Stabilitätsanker sind. Sie sind zum einen Katalysatoren in Zeiten des Umbruchs, zum anderen dienen sie auch als Anker, um die Kooperation auch dann aufrechtzuerhalten, wenn drumherum der Sturm tobt, wie das in diesen Tagen der Fall ist. Wie Sie alle wissen, haben wir mit der italienischen Region Piemont im letzten Jahr einen weiteren Partner gefunden, mit dem wir Projekte im Kontext Wasserstoff und künstliche Intelligenz anschieben wollen. Das gilt aber auch in Übersee. Wir werden unsere Verbindungen nach Nordamerika weiter verstärken und das Ganze auch in den Rahmen eines Nordrhein-Westfalen-USA-Jahres stellen. Ich habe hierzu bereits erste Gespräche mit der Generalkonsulin geführt. Wir streben an, das nach Möglichkeit sehr zeitnah, also bereits im kommenden Jahr zu starten. Wir wollen dabei auch Aktivitäten einbeziehen, die in bestimmten Städten, Gemeinden Nordrhein-Westfalen auch geplant sind. Ich denke da etwa an die Stadt Krefeld, wo es ein großes Jubiläum gibt. Wir wollen gerade in diesen Zeiten, in denen es eine hohe

Entfremdung gibt, transatlantisch eine Annäherung über die kommunalen und regionalen Partnerschaften zu ermöglichen.

Durch unser Büro in Tel Aviv werden wir die Beziehungen nach Israel in der gesamten Breite unserer Landespolitik weiter ausbauen. Das gilt auch besonders für die Vernetzung des starken, nordrhein-westfälischen Mittelstands mit der israelischen Start-up-Szene. Die Israelreise des Ministerpräsidenten dürfte allen aufgefallen sein im März, weil sie etwas länger als geplant gedauert hat. Auch sein Vorgänger war schon zuvor in Israel. Das zeigt, dass wir hier wirklich das große Interesse haben, dieses Büro für aktive Arbeit zu nutzen. Ich muss sagen, alles das, was ich davon wahrnehme, zeigt auch, dass sich unser Engagement an der Stelle sehr lohnt.

Wir wollen die bestehenden Kontakte in den Nordirak verstetigen und verstärken, eine gefestigte Kooperation hier anstreben. Dieser demokratische Anker in dieser Region ist etwas, was in unserem Interesse sein sollte. Es gibt auch anderweitige Interessen bis hin zum Thema Energie, die uns dazu bringen sollten, ein besonderes Augenmerk auf diese Region zu haben. Es ist auch unsere wertegeleitete Rechtsstaatsorientierung, die das nahelegt. Wir möchten darüber hinaus auch die Entwicklungen in Afrika aus Landesinteresse heraus verschärfter beobachten. Das gilt zum einen natürlich für die Partnerschaft, was Ghana angeht, das ist völlig klar. Aber ich glaube, es ist gut, dass immer dann, wenn Afrika wieder aus dem Blickpunkt der bundesrepublikanischen Außensicherheitspolitik gerät, Länder stetig dabei bleiben, das Thema zu bearbeiten.

Ich will das deshalb sagen: Als uns das Thema Flüchtlingskrise intensiv in Deutschland beschäftigt hat, da hatte ich das Gefühl, dass viele einen Sinn dafür entwickelt haben, wie wichtig Afrika ist, nicht nur für Afrika selbst, sondern auch für uns. Das ist aber mit dem Zurückgehen der entsprechenden Krise – gefühlten Zurückgehen – schon wieder ein bisschen verdunstet. Wir sind als Landesregierung der Auffassung, dass es uns sowohl mit Blick auf dieses Thema, aber auch mit Blick auf Energie, aber auch auf andere Themen gut zu Gesicht steht, hier ein besonderes Augenmerk zu haben.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen, wenn ich etwa an den Standort Bonn denke, so viel Know-how versammelt, was das Thema Afrika angeht, wie wenige andere Standorte in Deutschland. Auch ich persönlich glaube, dass wir da noch sehr viel mehr Potenzial heben können, und würde mich freuen, wenn wir das dann auch hier im Ausschuss miteinander erörtern.

Wir wollen natürlich auch beim Westbalkan dranbleiben – das habe ich eben schon gesagt – mit der Perspektive, die letztlich auch für Afrika gilt, die geopolitischen Ambitionen Russlands und Chinas zurückzudrängen. Das werden wir nicht als Nordrhein-Westfalen tun können, aber ich glaube, wir können Sensibilität schaffen in Deutschland dafür und damit auch politische Unterstützung generieren, dass sich auch die Bundesrepublik als Ganzes dann dort stärker engagiert.

Ich habe gerade schon Bonn anklingen lassen, unseren Eine-Welt- und UN-Standort. Wir haben hier, glaube ich, so viel Know-how versammelt wie an keinem anderen Standort in Deutschland. Deswegen wollen wir das entsprechend verstärken.

Das gilt auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure, also etwa für das Promotorenprogramm des „Eine-Welt-Netzes“, das hier aus unserer Sicht Vorbildcharakter hat. Wir wollen an der Stelle unserer Mitverantwortung für die Umsetzung der Agenda 2030 entsprechen und dazu einen entsprechenden weiteren Beitrag leisten.

Ich glaube, dass der entwicklungspolitische Dialog in Bonn noch einmal ganz neue Akzente bekommen kann. Wir haben hier neben den Regierungsinstitutionen die Nichtregierungsorganisationen am Standort. Wir haben die Experten, wir haben die Wissenschaft, wir haben viele andere, die sich damit befassen. Das ist auch der Grund, warum wir als Landesregierung ein klares Bekenntnis ablegen zur Bundesstadt Bonn, also auch zum zweiten Verwaltungszentrum in Deutschland mit der Stadt Bonn. Ich glaube, dass viele Diskussionen, die in der Vergangenheit dazu geführt wurden, spätestens seit der Coronakrise ein bisschen aus der Zeit gefallen scheinen. Wenn man heute kein zweites bundesweites Verwaltungszentrum hätte, dann müsste man eines schaffen, wie viele andere Länder es ja auch tun. Es ist letztlich auch im Sinne der Krisenresilienz eines Staates. Ich glaube, das Bewusstsein dafür ist gewachsen. Ob das bei der Bundesregeln auch zu entsprechenden Schlussfolgerungen führt, werden wir sehen.

Wir nehmen wahr, dass die zuständige Bundesbauministerin Frau Geywitz sich dazu einiges vorgenommen hat. Wir nehmen sie da beim Wort. Ich habe mich gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin von Bonn und auch mit der Landrätin der Region bereits dazu ausgetauscht. Wir wollen diesen Prozess sehr stark forcieren. In der nächsten Woche wird bereits wieder das nächste Treffen sein, auf der Arbeitsebene in einem Lenkungsausschuss, um jetzt hier zügig nach Möglichkeit zu einem Bonn-Vertrag zu kommen, der die Entwicklung Bonns als Deutschlands Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Nachhaltigkeit weiter unterstützt. Denn es braucht jetzt hier diese strategische Perspektive für die nächsten Jahrzehnte.

Ich will auch hier sehr deutlich sagen: Dafür ist es notwendig, dass in Bonn die Ressorts der Bundesregierung, die für das Profil der Bundesstadt entscheidend sind, substantiell, personell vertreten sind. Das heißt, dass nicht unbedingt jedes Türschildministerium oder Rumpfministerium noch dableiben muss, aber die Ressorts, die für das Profil der Bundesstadt als Standort, wie ich ihn gerade eben beschrieben habe, wichtig sind. Da müssen nicht nur nennenswert, also quantitativ, sondern qualitativ diejenigen am Platz sein, die für NGOs und andere die entscheidenden Ansprechpartner sind. Sonst werden wir dort auch eine entsprechende Abwanderung nach Berlin erleben. Das wollen wir nicht, und deswegen setzen wir uns dafür entsprechend ein.

Sie merken, wir haben uns für die kommende Legislaturperiode eine Menge vorgenommen als neue Landesregierung in der entsprechenden Koalition. Dabei setzen wir auf gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss, auf eine konstruktive Begleitung durch diesen Ausschuss. Die will ich auch seitens der Landesregierung sehr gerne zusagen. Das sind die Dinge, die wir aktuell soweit absehen können. Wir alle haben, glaube ich, spätestens in der letzten Legislaturperiode die Erfahrung gemacht, dass noch viele Dinge dazu kommen werden, die wir heute noch nicht absehen können.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** bedankt sich für die Darstellung der politischen Schwerpunkte der Landesregierung in der 18. Wahlperiode.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** führt aus, Minister Liminski habe große Themen markiert, die auch die Vergangenheit schon bestimmt hätten. Er habe auch noch einmal auf die veränderte Rahmenlage aufmerksam gemacht. Herr Liminski habe auch den Infrastrukturausbau angesprochen. Das betreffe Themen wie das Rheinniedrigwasser, Energieverknappung. Darüber sei auch schon in der Vergangenheit diskutiert worden, man habe diese Dinge aber unter einem anderen Zeitdruck diskutiert, als es sich jetzt möglicher Weise abzeichne. Der Ministerpräsident habe in seiner Regierungserklärung dazu auch etwas gesagt, was er sehr gut gefunden habe.

Er glaube, dass gerade die chemische Industrie unter einem derartigen Standortdruck stehe, nicht nur in NRW, sondern auch in Rheinland-Pfalz – BASF –, dass es ein starkes Signal sein könnte, was nicht nur von NRW oder Rheinland-Pfalz und Belgien und den Niederlanden ausgehen könne, sondern es müsse ein starker Impuls vor allem von der Ebene der Bundesregierung und seitens der Nachbarländer kommen, damit diese Industrien in Anbetracht der Herausforderungen Bereitschaft bekundeten, hier weiter zu investieren. Er würde das als vorrangig ansehen. Der Ausschuss diskutiere heute auch einen Bericht, der damit korrespondiere. Es scheine ihm ganz wichtig zu sein.

Ein zweiter Punkt, den man in den letzten zwei Jahren stark beobachtet habe im Kontext von Covid: Es sei für ihn bemerkenswert, dass die 16 Bundesländer mit dem Bund besprochen hätten, welche Maßnahme man in Deutschland ergreifen sollte, um dieser Pandemie wirksam zu begegnen. Vergleichsweise wenig sei darüber gesprochen worden, was um Deutschland herum stattfindet, obgleich man sehr enge Nachbarschaften pflege. Er würde anregen – Minister Liminski habe es nicht angesprochen, was keine Kritik sein solle –, dass man sich auf der Ebene Gesundheitsschutz stärker abstimmen sollte. Man habe es geschafft, die Grenzen offen zu halten, das sei eine super Leistung. Aber man habe gesehen, dass man sehr unterschiedliche Regelungen habe, bei zum Teil gleicher oder in manchen Nachbarländern erhöhter Inzidenzlage.

Im Moment sei es so, dass in öffentlichen Nachverkehrsmitteln, auch im überregionalen Zugverkehr Belgien und Niederlande keine Maskenpflicht hätten, Österreich übrigens auch nicht, das sei ein entfernterer Nachbar. Das bedeute, man fahre mit dem Zug, dann heiße es, deutsche Grenze, bitte Maske anziehen. Ob das ein gutes Miteinander bedeute, frage er sich. Vielleicht könne man sich da noch besser abstimmen, da man im Grenzbereich sehr viel Verkehrsaustausch habe, aber auch generell vom Verständnis in einer gemeinsamen Region. Man hoffe ja, dass das insgesamt überwunden werde. Es könnte auch anders kommen. Dann würde es noch einmal darum gehen, aus Erfahrungen zu lernen. Er rege an, dass man diese gute Partnerschaft nutze, auch hier zu einer engen Abstimmung zwischen den Regionen zu kommen.

Er wolle noch einen dritten Gedanken ansprechen. Nun liege NRW viel näher an Brüssel als an Berlin. Das sei vielen nicht direkt bewusst. Das sei ja Ausland, Europa sei weit weg. Der Minister habe viele Themen angesprochen, wo man das schon mache und intensivieren könne. Er glaube, dass das Land da noch mehr Möglichkeiten habe,

dieses nicht nur als administrativ zu nutzen, sondern auch in das Bewusstsein der Bevölkerung hineinzutragen, dass sie privilegiert seien, anderthalb Fahrtstunden, zwei Fahrtstunden von der europäischen Hauptstadt entfernt zu leben, um sich europäisch ganz anders begreifen und einbringen zu können. Das könnte den Horizont etwas verändern, auch in der innenpolitischen Diskussion.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** verweist auf die Aussprache in der nächsten Sitzung.

### 3 **Nachbarn, die einander helfen: Regionalpartnerschaft NRW und der Ukraine vorantreiben**

Antrag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/609

Gespräch mit Frau Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Antrags am 2. September 2022 zur alleinigen  
Beratung und Abstimmung im Ausschuss)*

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** begrüßt Frau Generalkonsulin Iryna Shum. Sie habe jetzt das Wort, um etwas zur Situation in der Ukraine zu sagen und ihre Gedanken zu dieser Partnerschaft mitzugeben.

**Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine**, trägt vor:

Sehr geehrter Herr Minister Liminski! Sehr geehrter Herr Vorsitzender Engstfeld! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung, dass ich hier bei Ihnen sein darf und mit Ihnen diesen wichtigen Prozess für mein Land erleben kann.

Es ist so, dass wir heute am 212. Tag des russischen Krieges gegen die Ukraine erleben. Es ist geradezu paradox, dass wir in diesen Monaten sehr intensive Verbindungen zwischen der Ukraine und dem Land NRW erleben. Wir führen einen politischen Dialog, was auch bei den Besuchen aus der Ukraine hier bekräftigt wurde, und haben Beziehungen in wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, Zivilgesellschaft, auch zwischenmenschliche Kontakte entwickeln können, die nicht zuletzt auch aufgrund der Situation entstanden sind, dass das Land NRW geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer aufgenommen hat. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die offenen Herzen, offenen Türen der Staatsbürger dieses Landes, aber auch für die Unterstützung auf der Landesebene.

Wir bekommen auch wichtige Unterstützung in der humanitären Dimension. Besonders wichtig ist die Kooperation auf der kommunalen Ebene. Das ist inspirierend als Ausdruck der Solidarität, hat aber auch konkrete und wichtige praktische Bedeutung für die Unterstützung auf unterschiedlichen Ebenen.

Ein Beispiel der sehr intensiven Kooperation hatte ich heute. Ich sprach heute Morgen bei einem Seminar, organisiert von der IHK Düsseldorf, zum Thema „Doing Business in Ukraine“ zu den Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten in der Ukraine. Es war beeindruckend: 200 Unternehmen haben sich zu dieser Veranstaltung angemeldet. Sie haben den ukrainischen Ansprechpartnern viele Fragen gestellt in



Bezug auf die Bedingungen und haben auch um Kontaktaufnahme gebeten. Das war für mich ein sehr wichtiges Zeichen dafür, dass die Geschäftsleute verstehen, wieviel die Ukraine nach dem Krieg anzubieten hat, aber auch dafür, dass es aufgrund der Erfolge der ukrainischen Armee besonders in den letzten Wochen eine Überzeugung in die Stärke der Ukraine gibt.

Zum Thema Städtepartnerschaften: Wir haben 11 abgeschlossene Städtepartnerschaften, fünf davon wurden seit Anfang des Krieges geschlossen, acht weitere sind auf dem Weg. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag der Landtagsfraktionen der CDU, SPD, Grünen und FDP, Regionalpartnerschaft mit der Ukraine einzugehen, nicht nur wichtig, sondern auch zeitlich geboten. Wir wissen es hoch zu schätzen und sind sehr dankbar dafür. Das ist ein wichtiges Statement und bedeutender Grundstein und ein Instrument für die Zusammenarbeit, und zwar in vielerlei Hinsicht.

1. Die Vertiefung der bestehenden Kooperationen in der regionalen Dimension;
2. Thema „Wiederaufbau der Ukraine“. Das Land hat unfassbar wichtige Erfahrungen im Wiederaufbau nach dem Krieg, Transformation der industriellen Regionen und auch bei der Entwicklung von Industrieparks. Viele ukrainische Regionen würden sich freuen, von diesen Erfahrungen zu lernen und sie als Beispiel zu nehmen.

Darüber hinaus gibt es, wie auch die heutige Veranstaltung gezeigt hat, viele große und mittelständische Unternehmen, die sich am Wiederaufbau beteiligen könnten. Wichtig ist, dass wir bereits jetzt davon reden und die Formate der Zusammenarbeit erarbeiten. Last, but not least, all dies dient am Ende dem wichtigen Ziel meines Landes, das im gemeinsamen Sicherheits-, Wirtschafts- und politischen Interesse ist, und zwar die europäische Integration der Ukraine. Regionale Partnerschaft ist ein wichtiges Instrument der Annäherung der Ukraine an die Europäische Union.

Nach einigen Ansprachen auch mit dem Außenministerium und mit anderen Ansprechpartnern in Kiew haben wir schon ein paar Vorschläge, die wir gerne mit der Landesregierung besprechen wollen. Ich freue mich sehr. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** bedankt sich bei der Frau Generalkonsulin. – Jetzt werde der Ausschuss über den Antrag debattieren.

**Josef Neumann (SPD)** bedankt sich bei Frau Shum für ihre Ausführungen. Der Antrag „Nachbarn, die einander helfen: Regionalpartnerschaft von NRW und der Ukraine vorantreiben“, den die Fraktionen gemeinsam in den Landtag eingebracht hätten, der gemeinsam in den Ausschuss überwiesen worden sei, sei aus Sicht der SPD-Fraktion nicht nur ein großes Zeichen der Solidarität, die das Land seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine zeige, sondern er sei auch ein wichtiges Zeichen für die Hoffnung, für den Aufbruch und letztendlich auch für den Frieden, den man so dringend in der Ukraine benötige.

Frau Shum habe eben sehr deutlich gesagt – das habe der Minister auch in seinen Einführungen zu Beginn dargelegt –, Nordrhein-Westfalen übe seit Kriegsbeginn enorme Solidarität mit der Ukraine auf vielen Ebenen. Die Menschen in diesem Land wollten helfen. Er sei überzeugt, dass die Menschen nicht nur hier vor Ort helfen wollten, sondern auch praktisch in weitere Kooperation mit der Ukraine einsteigen wollten.

Was diese regionale Partnerschaft angehe – Frau Generalkonsulin habe es gerade gesagt –, so komme man vielleicht schneller zu einer regionalen Partnerschaft, als manch einer sich vorgesellt habe. Das werde Auswirkungen haben nicht nur auf die Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und einer neuen Partnerregion in der Ukraine, sondern natürlich auch auf die kommunale Ebene. Er sei davon überzeugt, dass viele Kommunen, Städte, Gemeinden, Landschaftsverbände sagen würden, NRW habe jetzt diese regionale Partnerschaft, man wolle den Beitrag dazu leisten, dass diese Partnerschaft mit Leben gefüllt werde. Er sei überzeugt, dass zusätzlich zu den genannten Städtepartnerschaften, Freundschaften oder Patenschaften viele Formen der kommunalen Zusammenarbeit kommen würden. Dies werde garantiert auch gelten für den gesamten zivilgesellschaftlichen Bereich.

Es gebe viele Initiativen. Viele würden sich jetzt schon engagieren. Das werde Auswirkungen haben auf den Wissenschafts- und Bildungsbereich, wo garantiert vieles passieren werde, letztendlich – Frau Shum habe es dargelegt – auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Unternehmen würde hier einiges leisten, und zwar nicht nur aus humanitärer Sicht, sondern weil es sicherlich auch ein Beitrag sein werde, insgesamt ökonomisch gemeinsam ins Geschäft zu kommen. Das müsse er so deutlich sagen. Er glaube, in Zeiten, in denen der Wiederaufbau geboten sein werde, werde das ein wichtiger Beitrag sein. Deshalb sei es richtig und wichtig gewesen, dass die Fraktionen gemeinsam den Antrag nach vorne gebracht hätten und ihn heute gemeinsam beschließen würden, sodass die Landesregierung mit den ukrainischen Behörden, der Generalkonsulin, der Botschaft, mit dem Außenministerium und denen, die alle mit im Boot seien, relativ zügig diese Regionalpartnerschaft auf den Weg bringe, und sie dann mit Leben gefüllt werde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mit so viel Toten und so viel Leid seien es Städtepartnerschaften gewesen, die zuerst entstanden seien, in denen man sich die Hände gereicht habe, wo man aufeinander zugegangen sei. Er habe gesehen, als Besucherinnen und Besucher säßen hier Vertreterinnen und Vertreter der Auslandsgesellschaft NRW, die sich auf diesem Gebiet engagieren würden. Insofern sei das heute ein wichtiger, guter Tag für die weitere Zusammenarbeit zwischen NRW und der Ukraine.

Der Landtag habe schon ein anderes wichtiges Zeichen gesetzt: Die bereits vorhandene Parlamentariergruppe „NRW-Polen, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“ heiße ab sofort Parlamentariergruppe „NRW-Polen, Ukraine, Mittel- und Osteuropa, Baltikum“. Er glaube, das sei ein wichtiges parlamentarisches Zeichen.

**Berivan Aymaz (GRÜNE)** bedankt sich für die Worte der Generalkonsulin und dafür, dass Frau Shum nicht nur heute, sondern in den vergangenen Monaten eine wichtige, verlässliche Ansprechpartnerin gewesen sei, wenn man sich dazu ausgetauscht habe,

wie die Situation in der Ukraine sei, aber auch, wie die Situation der Menschen sei, die hier Schutz suchten, und was ihre Bedürfnisse seien.

Umso wichtiger seien die zahlreichen Beziehungen und Kontakte, vor allen Dingen die großen Solidaritätsbekundungen, die aus den unterschiedlichsten Städten aus NRW in die Ukraine entsendet worden seien. Das betreffe die Hilfsbereitschaft für die Menschen, die hier Schutz suchten, aber auch – Frau Shum habe es ausgeführt – die bereits abgeschlossenen Städtepartnerschaften.

Als Kölner Abgeordnete sei sie ganz besonders stolz, dass Köln eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt Dnipro in der Ukraine beschlossen habe, was deutlich mache, dass die Menschen auf unterschiedlichsten Ebenen das große Bedürfnis hätten, ein Signal der Solidarität zu setzen. Sie mache darauf aufmerksam, dass diese Partnerschaften, die Hilfsbereitschaft, die Zeichen der Solidarität und vor allem das Zeichen, dass man jetzt mit einer Regionalpartnerschaft setzen wolle, zum einen an die Menschen in der Ukraine, aber auch an Menschen, die hier Schutz suchten, zum anderen an den Aggressor Putin gerichtet seien, der nämlich mit der Kriegsführung eines erreichen wolle, dass die Ukraine abgeschnitten sei von der Außenwelt.

Wenn man jetzt in solchen außerordentlichen Zeiten eine Partnerschaft beschließe – das sei nicht gewöhnlich, in der Regel gehe man einen anderen Weg –, setze man damit klar das Zeichen, dass man es nicht zulasse, dass dieser Krieg, der gegen die Ukraine geführt werde, das Land und die Menschen von der Außenwelt abschneide, sondern im Gegenteil, dass man erst recht noch näher an dem Land sein wolle. Sie finde, dass es eine besondere Bedeutung habe, was aus NRW heraus gesendet werde. Man werde da sicherlich noch gemeinsam gucken, welche Regionen und welche Bedürfnisse da am besten passen würden.

Es werde natürlich darum gehen, auch auf die Zeit nach dem Krieg zu schauen. Eine Partnerschaft sei nicht nur eine Beziehung, die auf den Moment zugeschnitten sei, sondern nachhaltig sein müsse und auf Augenhöhe geführt werden müsse. Da werde es in erster Linie auch darum gehen zu gucken, nach dem Krieg in einer Zeit von Frieden und Freiheit auch die Bedürfnisse, die dann in dem Land vorhanden seien, anzugehen und darüber hinaus bei dem Weg, den die Ukraine klar in Richtung EU beschreiten wolle, auch verlässlicher Begleiter an der Seite der Ukraine zu sein.

Sie freue sich sehr, dass der Ausschuss heute den von den demokratischen Fraktionen eingereichten Antrag beschließen könne und dann entsprechende Schritte eingeleitet werden könnten.

**Romina Plonsker (CDU)** führt an, der von vier Fraktionen getragene Antrag zur Regionalpartnerschaft sei ein starkes Zeichen in dieser schwierigen Zeit, auch in der Zeit der Abstimmung, wobei es aus Deutschland deutliche Zeichen gebe, dass man diese Wahl nicht akzeptieren werde. Die Fraktionen glaubten an eine friedliche Zeit in der Ukraine. Die aktuell dokumentierten Rückeroberungen im Osten der Ukraine seien Ausdruck der Beharrlichkeit und der Stärke und der Moral sowohl der ukrainischen Streitkräfte, aber vor allen Dingen auch die Moral des ukrainischen Volkes. Sie wünsche von Herzen, dass die Ukraine Erfolg habe, aber dass vor allen Dingen schnell

Frieden in der Ukraine einkehre. Denn das hätten alle Ukrainerinnen und Ukrainer auch wirklich verdient.

Nun wollten die Fraktionen ein Zeichen setzen – das sei auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen vereinbart –, dass man den Wiederaufbau des Landes unterstütze. Eben sei dazu schon ausgeführt worden. Das sei auch ein Stück weit etwas, was Deutschland an ein anderes Land zurückgeben könne, was Deutschland erfahren habe. Deshalb wolle man den Wiederaufbau nach besten Kräften begleiten und unterstützen. Es sei schon ein schönes Zeichen – das wünsche sich auch von anderen Bundesländern –, dass mit der Regionalpartnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und einer Region in der Ukraine ein Zeichen gesendet werde, dass auch weitere Bundesländer, weitere Regionen Europas folgen würden, dass man ein klares Zeichen in Europa setze, dass man zusammenhalte für Frieden und Freiheit. Wenn das der erste Funke sei, der ein positives Feuer entfacht, dann sei das genau das Richtige, was man heute tun könne.

Der Minister habe in seiner Plenardebatte vorgetragen, die Landesregierung habe gemeinsam mit den Freunden in Schlesien und Hauts-de-France erörtert, dass auch das Weimarer Dreieck genutzt werden könne, um diese Strukturen zu stärken. Das sei ein deutliches Zeichen. Es gehe nicht nur um die konkrete Hilfe vor Ort, die selbstverständlich sei, die im Land Nordrhein-Westfalen intensiv gelebt werde, sondern es gehe auch dauerhaft darum, eine Brücke zu bauen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine und die Identität zu vermitteln, die man in Europa lebe.

Zum Schluss danke sie der Frau Generalkonsulin persönlich. Es sei auffällig im positiven Sinne, wie präsent sie im Land Nordrhein-Westfalen als Ansprechpartnerin für das Parlament, die Kommunen, die Bevölkerung sei. Frau Shum habe einen großen Anteil daran, was Nordrhein-Westfalen für die Ukraine leiste. Sie bedankte sich namens der CDU-Fraktion für ihr Engagement.

**Sven Werner Tritschler (AfD)** bedankt sich bei der Generalkonsulin für ihre Ausführungen. Zum Antrag sei im Wesentlichen alles gesagt worden. Seine Fraktion sei grundsätzlich bereit, solche Regionalpartnerschaften zu unterstützen, was man auch in der vergangenen Legislaturperiode gemacht habe. Der vorliegende Antrag sei aber zu unkonkret und sei auch beim besten Willen nicht das starke Zeichen, von dem hier mehrfach die Rede gewesen sei.

Falls die Möglichkeit bestehe, würden ihn die Erfahrungen interessieren, die die Landsleute von Frau Shum als Geflüchtete hier im Land machten, insbesondere zum Anfang des neuen Schuljahres, es seien ja viele Kinder dabei. Des Weiteren interessiere ihn die Situation bei den Wohnungen und auf dem Arbeitsmarkt. Vielleicht könne Frau Shum noch ein paar Worte sagen, wenn es möglich sei.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** stellt heraus, seine Fraktion unterstütze den Antrag und finde es gut, dass man hier ein starkes Zeichen der nachhaltig ausgerichteten Zusammenarbeit setze. Es sei auch ein Signal der Unterstützung in dieser schrecklichen Auseinandersetzung. Es sei völlig richtig gesagt worden. Er weise auch darauf hin, dass viele in Nordrhein-Westfalen schon Jahre vorher mit der Ukraine eng

zusammengearbeitet hätten, sehr persönlich, in Organisationen, aber auch viele Unternehmen, die dort engagiert gewesen seien.

Er habe es bereits in der Plenardebatte gesagt, sie wüssten sehr zu schätzen, mit welchem Selbstbewusstsein und Engagement die ukrainische Bevölkerung unterwegs sei. Er wünsche sich von dieser Partnerschaft, dass man auch viel von der Ukraine lerne. Er habe nämlich den Eindruck, man könne unglaublich viel lernen, auch bei der Modernisierung des Landes, bei der Digitalisierung und bei anderen Themen. Da sehe er eine große Aufgeschlossenheit bei den Menschen der Ukraine, und zwar altersunabhängig, weil sie wüssten, dass das die Zukunft sei und dass man die Zukunft engagiert annehmen sollte, wenn man sie gewinnen wolle.

Die Ukraine wolle weiterkommen. Sie wolle Mitglied der Europäischen Union werden, sie sei auf gutem Wege dahin. Sie wolle sich modernisieren. Sie wolle ein hochattraktiver Standort sein, auch für Unternehmen und Investitionen. Das finde er toll. Er wünsche sich das auch für Nordrhein-Westfalen und für andere Teile Deutschlands. Er bedanke sich bei Frau Shum, dass sie sich so engagiere. Das sei eine positive Herausforderung. So sehe er das. Das sei nicht etwas, womit man der Ukraine einen Gefallen tun würde. NRW profitiere, davon sei er überzeugt, in jeder Hinsicht durch die Zusammenarbeit mit der Ukraine. Er unterstütze das vom Herzen und finde es begrüßenswert, wenn man das mit den beiden anderen Regionen verstärken könne. Das berühre auch Teilregionen der Ukraine stärker. NRW sei mit Hauts-de-France und Schlesien, insbesondere im Bereich der energieintensiven Industrien, seit langer Zeit unterwegs und versuche, Projekte zum Klimaschutz voranzutreiben. Da gebe es sicherlich viele Parallelen.

Viele Gebiete seien umkämpft. Nun gehe er von einem positiven Ausgang aus. Da sei auch ein Transformationsprozess nötig, genauso wie hier. Aber es gebe auch andere Teile der Ukraine, wo andere industrielle Themen im Vordergrund stünden. Das sollte man sich seiner Meinung nach sehr gut ansehen, sodass man sich vielleicht nicht nur auf ein Thema begrenze, sondern auch andere Themen aus NRW mit ansprechen könne. Er freue sich darauf, bedanke sich und wünsche viel Erfolg dabei.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** schickt voraus, diese Partnerschaft sei der Landesregierung ein Herzensanliegen. Das Haus und die Generalkonsulin stünden im Austausch. In der Tat wäre es wichtig, dass man an der Stelle gut prüfe und überlege, wo man sich da binde, was man ernsthaft an Partnerschaft eingehe. Aber er teile die Ambition, dass das zügig gehen sollte. Das Signal, das vielfach besprochen worden sei, das offenkundig viele Fraktionen in diesem Haus erwarteten, sollte auch zeitnah kommen in diese Zeit hinein, wo es völlig unterschiedliche Nachrichten aus der Ukraine gebe, einerseits sehr erfreuliche Nachrichten, was die Bemühungen der Verteidigung angehe und auch das Zurückdrängen Russlands, andererseits die besorgniserregenden Nachrichten über eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte.

Das zeige – Frau Plonsker habe es auch gesagt –, dass die Wogen hin- und hergingen. Er finde es in der Tat wichtig, dass dieses Signal in diese Zeit hineingesetzt werde. Die Landesregierung habe sich vorgenommen, an der Stelle in der Abstimmung zügig voranzuschreiten.

Er habe bereits im Plenum gesagt, dass es wichtig sei, dass es eine Partnerschaft sei, die vor allem aus der Perspektive der Partnerregionen geknüpft werde. Es sei zu fragen, was wirklich nütze und nicht, was schön für die Galerie sei. Andererseits – das verbinde – wolle man eine Partnerschaft eingehen, die auch über diesen Krieg hinaus Sinn mache, nicht nur Aufbau im engeren Sinne. Sonst müsste man sie auch an anderen Kriterien ausrichten, nämlich letztlich daran, wo die Not am größten sei. Die Frage müsse sein, welche Partnerschaft für Nordrhein-Westfalen und für Regionen der Ukraine auch über diesen Krieg hinaus passe, von dem alle hoffen würden, dass er nicht zu lange dauere, die dann dauerhaft Frucht bringe, und zwar in dem Sinne, wie Herr Pinkwart es gerade gesagt habe, nämlich in gegenseitigem Austausch auf Augenhöhe. Auch das sei ein Kriterium, das man miteinander vereinbart habe. In dem Sinne werde er gerne bald wieder hier berichten.

**Iryna Shum, Generalkonsulin der Ukraine**, bedankt sich für die Beiträge, für die mutmachenden Worte, die sie gerne bei allen möglichen Gelegenheiten in die Ukraine vermitteln werde. Diese Unterstützung bleibe immer noch wichtig für die Menschen in ihrem Land, weil sie nach dem 24. Februar gesehen hätten, dass die ganze demokratische Welt an ihrer Seite sei, wodurch sie viel Kraft bekommen hätten. Sie werde jetzt nicht auf alle Wortmeldungen reagieren. Für die Ukraine sei es eine große Ehre, dass das Land NRW jetzt diese Entscheidung treffe. Anspruch ihres Landes sei es, passende Partner in der Ukraine zu finden, wie Professor Pinkwart und Herr Minister Liminski es gesagt hätten, und zwar auf Augenhöhe. Der Partner müsse viel anzubieten haben. Das sei wichtig für den weiteren Weg, für den Verwaltungsaustausch, für die unterschiedlichen gemeinsamen Maßnahmen in Bezug auf die Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union.

Zum Schuljahr und zum Arbeitsmarkt: Sie habe vor Kurzem an einem Treffen mit der Schulministerin Feller teilgenommen. Nach den Statistiken, die ihr vorlägen, seien 32.000 ukrainische Kinder eingeschult worden. Das sei eine beeindruckende Statistik.

Was den Arbeitsmarkt angehe, so würden sich viele trotz des Wunsches ihrer Landsleute, in die Ukraine zurückzukehren, viele bereiterklären, von den Angeboten auf dem deutschen Markt temporär Gebrauch zu machen. Am Montag werde eine Veranstaltung mit dem Jobcenter Düsseldorf stattfinden. Ihre Landsleute wollten keine Belastung für das deutsche Sozialsystem sein. Sie wollten auch den Landsleuten und den Verwandten in der Ukraine dadurch helfen.

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** betont, es sei eine Ehre, dass Frau Shum den Ausschuss besucht habe. Er wünsche ihr weiterhin viel Kraft bei den Aufgaben und gute Gespräche.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag Drucksache 18/609 einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

#### **4 Wie vertritt die Landesregierung die Interessen NRWs im Gesetzgebungsprozess des Fit-for-55 Gesetzpakets? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/177

**Inge Blask (SPD)** bedankt sich für den vorliegenden Bericht. Man sehe, dass im Prinzip fast alle Lebensbereiche von diesem Gesetzespaket tangiert seien. Da sei genau zu gucken, wie die Landesregierung die Interessen Nordrhein-Westfalens genau definiere. Es gebe 12 Positionen. Sie frage, ob die Landesregierung eine andere Einschätzung habe als die Bundesregierung. Sie wüsste gerne, welche Instrumente Nordrhein-Westfalen habe, um auf diesen Trilog-Prozess noch Einfluss zu nehmen, um etwas zu verändern.

Beim großen Bereich des Waldes solle das Land für die Treibhausquellen und die Kohlenstoffsenken in Nordrhein-Westfalen die Daten ermitteln. Sie frage, welche Daten in dem Bereich Wald übermittelt werden könnten und welche Strategie die Landesregierung habe, um die Ziele der Treibhausneutralität in diesem Sektor zu erreichen.

Was den Klima-Sozialfonds angehe, so dürfte die soziale Akzeptanz für das Emissionshandelssystem II mit dem Blick auf steigende Verbraucherpreise maßgeblich von der Ausgestaltung des Klima-Sozialfonds abhängen. Sie frage, was das für NRW bedeute, wenn NRW eigentlich von diesen Geldern eigentlich nicht partizipieren könne.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** hält fest, es sei so, wie Frau Blask sage, „Fit-for-55“ sei nicht ein Spezialthema, sondern werde Nordrhein-Westfalen in seiner vollen Breite betreffen. Vielfach werde es in Erinnerung gerufen mit Blick auf Industriethemen und CO<sub>2</sub>-Neutralität der Wirtschaft. Aber es habe Auswirkungen in alle Bereiche, wie auch der Bericht entsprechend darlege. Umso wichtiger sei es, dass das Ganze eng begleitet werde, was auch durch die Landesvertretung im Wesentlichen geschehe.

Er werde hierzu zeitnah den Austausch mit den Europaabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen suchen. Das wolle er überparteilich tun, also mit allen Europaabgeordneten, die aus Nordrhein-Westfalen entsandt seien. Es werde überlegt, zeitnah einen Aufschlag in der Landesvertretung zu machen, was die Präsenz des Kabinetts angehe. Man habe vor, noch im Oktober eine auswärtige Kabinettsitzung in Brüssel durchzuführen. Momentan sei man dabei zu definieren, welcher Kommissar dann zur Verfügung stehen werde. Es seien zwei Kommissare in Gespräch. Man könne sicher sein, dass es ein hochrangiger Vertreter der Kommission sein werde. Da werde „Fit-for-55“ ein zentrales Thema sein. Beide Kommissare, die infrage kämen, würden kompetent dazu Auskunft geben können und vor allen Dingen auch die Belange NRWs mitnehmen können. Das sei das eine, über die Europaabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, über die Landesvertretung, über den Kabinettsbesuch. Das seien alles Dinge, die man trotz der Arbeitsbelastungen im Rahmen der Umstellung, des MPK-Vorsitzes und anderen Dingen machen wolle, weil diese Dinge auch bis Ende des Jahres voraus-

sichtlich entschieden sein würden. Deswegen sei es wichtig, dass man an der Stelle präsent sei.

Was den Wald angehe, da könne er nicht im Detail sagen, was man dort tun könne. Er nehme aber mit Sorge zur Kenntnis, dass das Verständnis dafür in der Kommission nur bedingt ausgeprägt sei. Manchmal sei es der einfachste Weg der Erklärung, sich einfach mal den Hintergrund der jeweiligen Kommissare anzuschauen, wo die herkämen, ob es da so viel Wald gebe oder nicht. Aber es sei in der Tat so, dass vieles, was man sich derzeit vornehme, die Waldbauern und die ganze Szenerie in der ganzen Breite sehr beschäftige. Das sei der Grund, warum man derzeit gemeinsam mit dem Landesverband „Land und Forst“, Herrn von Elverfeldt, mit Herrn Krischer und Frau Gorißen einen Aufschlag in Brüssel mache, um bei dem Thema zu sensibilisieren, was es bedeute, wenn man in Brüssel bestimmte Quoten festlege, was das „on the ground“ in Nordrhein-Westfalen bedeute. Das werde sicherlich auch Einfluss haben auf die Beratungen zum Thema „Fit-for-55“, auch wenn es in erster Linie andere Dinge betreffe.

Was den Klimaschutz-Sozialfonds angehe, so sei es so, wie Frau Blask gesagt habe. Nach den Prüfungen, die ihm vorlägen, sei NRW an der Stelle nicht positiv betroffen. Man werde nicht in den Genuss der entsprechenden Mittel kommen. Nichtsdestotrotz habe man den politischen Anspruch, darüber mit zu beraten. Gerne werde er nach den Beratungen in Brüssel mit dem Kabinett das vielleicht noch einmal proaktiv hier im Ausschuss aufrufen und etwas dazu ausführen.



## 5 **Unterstützt die Landesregierung das Werben Manfred Webers für das Rechtsbündnis in Italien?** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/178

**Inge Blask (SPD)** betont, ihre Fraktion habe nicht wissen wollen, wie die Landesregierung den Wahlkampf in Italien einschätze, sondern wie der Europaminister einer schwarz-grünen Fortschrittskoalition das Wirken des Fraktionsvorsitzenden in der christdemokratischen Parteienfamilie in Europa, Manfred Webers, bewerte und ob es seitens der CDU NRW und der Landesregierung eine Position zu diesem Vorgehen gebe.

Sie könne verstehen, dass es vielleicht keine klare Position gebe. Es gebe aber andere, die eine Position hätten, wenn man etwa von dem Christdemokraten Dennis Radtke lese, dass er im ARD gesagt habe, dass in seinen Augen Leute wie Frau Meloni und Herr Salvini keine Partner für Christdemokraten sein könnten, weil sie deren Werte nicht teilen, sondern mit Füßen treten würden. Solche klaren Worte hätte sie sich auch von Herrn Liminski gewünscht.

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** stellt heraus, er sei hier als Vertreter der Landesregierung und nicht als Vertreter der CDU Nordrhein-Westfalen. Dementsprechend könne er keine Positionen der CDU Nordrhein-Westfalen vortragen, sondern nur solche, die die Landesregierung vertrete. Vor dem Hintergrund sei der Bericht schon so gemeint, auch wenn er im ersten Moment vielleicht etwas abrupt erscheinen möge. Das könne er verstehen. Der Titel sei länger als der Inhalt.

Gerade mit Blick auf die polarisierenden Verhältnisse in der Europapolitik sollte man es so halten, dass man das an anderer Stelle ausdiskutiere. Die Landesregierung werde – so wie sie auch nicht das Verhalten anderer Parteienfamilien im Europakontext kommentiere – das auch nicht mit Blick auf die Parteienfamilien tun, die den Parteien angehörten, die diese Landesregierung trügen. An der Stelle müsse er diese Linie ziehen. Er bitte um Verständnis.

**6 Wie positioniert sich die Landesregierung gegenüber der EU-Chemikalienstrategie und der REACH-Verordnung?** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2])*

**Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** berichtet:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Pinkwart! Die Kommission hat im Oktober 2020 ihre Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit veröffentlicht. Das ist Teil des „Europäischen Green Deals“ und beinhaltet eine Überarbeitung des Chemikalienrechts. Dazu sollen Anpassungen auch in der Chemikalienverordnung REACH und in der Kennzeichnungsverordnung CLP vorgenommen werden.

Ziel ist es, Bürger und Umwelt besser zu schützen und gleichzeitig Innovationen für sichere und nachhaltige Chemikalien zu fördern. Dazu hat die Kommission am 20. September einen mit den Experten der Mitgliedstaaten diskutierten Rechtsakt vorgelegt und zur Kommentierung freigegeben bis zum 18. Oktober. Ein Vorschlag der Kommission – das betrifft CLP – zur Überarbeitung von REACH wird für Anfang 2023 erwartet.

Ich finde es richtig, dass der Ausschuss sich damit befasst. Ich hatte eben schon bei den Schwerpunkten der Landesregierung das Thema „Chemiestandort“ angesprochen. Wir müssen uns die Verbündeten für dieses Thema schon sehr aktiv suchen. Es gibt nur noch wenige Standorte in Deutschland, wo wir über nennenswerte Chemiestandorte sprechen, mit denen wir gemeinsam unsere Interessen an der Stelle einbringen. Das war einer der Gründe für mein Zusammentreffen mit Frau Raab aus Rheinland-Pfalz, die das dort für die Landesregierung verantwortet. Dann sind noch Sachsen und auch Baden-Württemberg, da sind noch einige Teile. Für andere Teile der Republik kann man nicht mehr von nennenswerten Chemiestandorten sprechen. Insofern ist es richtig, dass wir uns in der Debatte über diese Verordnung aktiv einbringen. Darauf können Sie sich auch verlassen.

Insgesamt gilt es, dass wir das Ansinnen der Kommission an der Stelle mittragen bzw. teilen, nachvollziehen können. Denn diese von der Kommission angestrebte Nachhaltigkeitstransformationen wird einen wesentlichen Beitrag für die Umsetzung des „Green Deals“ leisten, letztlich auch mit dem Ziel einer schadstofffreien Umwelt. Es ist nicht zu leugnen, dass Chemie an der Stelle eine wichtige Rolle spielt. Gleichzeitig – das gehört auch zur Wahrheit dazu – ist die Grundstoffchemie Ausgangspunkt für viele Innovationen und für viele Neuerungen, die zum Klimaschutz wesentlich beitragen.

Jeder, der mal die Freude hatte, sich bei uns in Dormagen bzw. in Leverkusen umzuschauen, kann sich dessen versichern. Vor dem Hintergrund macht mir im Übrigen große Sorge, dass Teile der Produktion dort aktuell mit Blick auf die Energiepreise ausgelagert und ausländischen Standorten zugeführt werden. Wir haben große Sorge, dass diese Teile der Produktion nicht wieder in den Betrieb gehen, wenn sich die Preisentwicklung wieder stabilisiert hat. Das haben wir vielfach auch in anderen Bereichen. Wenn Sie sich BASF in Ludwigshafen anschauen, dort wurde

die Ammoniakproduktion jetzt in die USA ausgelagert; man rechnet de facto nicht mehr damit, dass sie irgendwann zurückkommen wird. Jetzt kann man sagen, das ist ein großer Fortschritt, weil es für diese Produktion in Europa auch keine Zukunft geben soll. Meine Sorge wäre immer, dass das der Anfang einer schiefen Ebene ist, die sich anschließend fortsetzen würde. Da bedenke man das Ende an dieser Stelle.

Es ist insofern wichtig, dass wir bei der Aktivität der Kommission auch Umsichtigkeit einfordern und wir bei allem erheblich Anpassungsbedarf der chemischen Industrie auch den Beitrag der Industrie immer wieder betonen. Dafür nehmen wir die Bedenken der Industrie sehr ernst und führen dazu auch intensiven Austausch.

Herr Pinkwart, Sie haben selber als Minister zu Beginn des Jahres einen Austausch mit der Industrie dazu geführt. Wir werden das insofern eng begleiten. Es ist für mich von der Tragweite her sicherlich so gravierend einzuschätzen wie „Fit-for-55“. Das ist zumindest für unseren Standort hier so. Insofern wird uns das, glaube ich, im Ausschuss sicherlich noch im Weiteren beschäftigen.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP)** bedankt sich für die Beantwortung seiner kurzfristigen Anfrage. Er gelobe Besserung. Er sei Herrn Liminski sehr dankbar, dass er das so ausführlich beantwortet habe und auch noch einmal auf die Gleichzeitigkeit von Herausforderungen hingewiesen habe. Die frühere Landesregierung habe sich auch im vergangenen Jahr in Gesprächen eingesetzt. Er habe gedacht, dass die Europäische Kommission in Anbetracht der Lage, in der man sich mittlerweile befinde, vielleicht nicht davon abgelassen hätte, aber zumindest die Zeitachse bemüht hätte. Als er dann gehört habe, dass das mitnichten der Fall sei, habe er gedacht, das müsse er hier ansprechen. Es bleibe nicht mehr viel Zeit.

Nach seinem Eindruck habe sich das enorm verfestigt. Das sei ein Denken, das vor jeder Krise entstanden sei. Es gehe um Gefahrstoffeinschätzungen. Gefahrstoffe könnten in jedem chemischen Produkt enthalten sein. Die Produkte selbst sei nicht gefährlich, sie enthielten Gefahrstoffe, die dort verarbeitet würden. Diese Stoffe würden auch in Zukunft benötigt. In Europa stünden 3.000 in Rede. Wenn man die hier nicht mehr herstelle, werde man sie importieren. Dann sei man noch mal abhängiger auch von solchen Stoffen. Der Transportweg sei auch nicht ungefährlich, wenn es Gefahrstoffe sein. Die Industrie würde darauf angewiesen sein, sie zu beziehen, um hier weiter produzieren zu können, oder man verlagere diese Produktion auch nach außerhalb Europas.

Jetzt habe man die Erfahrung gemacht durch Covid, dass die Resilienz fehle, schon in wichtigen Schlüsselbereichen heute schon. Man habe gesagt, die müsse man zurückholen nach Europa. Man sei kurz davor, ganz wichtige Bereiche aus Europa zu verlagern.

Er teile die Einschätzung von Minister Liminski, innerhalb Deutschlands seien nicht so viele Bundesländer berührt, innerhalb Europas seien das auch nur ganz wenige Länder, Belgien, Niederlande etwa. Andere, die in Europa Verantwortung trügen, sähen das Problem gar nicht, weil sie davon nicht unmittelbar berührt seien. Hier in Nordrhein-

Westfalen geht es um 100.000 hoch bezahlte Arbeitsplätze in der Chemie. Aber es gehe auch um die Produkte und Lieferketten. Da sei er sehr dankbar für den Bericht und für das Engagement, das der Minister hier weiterhin unternehmen wolle. Er glaube, dass es wichtig sein werde, auch den Bund in die Pflicht zu nehmen, das in den Verhandlungen jetzt spitz zu stellen. Man könne nicht zusehen, wie eine Bürokratie einfach so weiterarbeite, als hätte sich sonst nichts verändert. Den Eindruck müsse er leider gewinnen.

Wenn man „Fit-for-55“ machen wolle, dann gehe das nur, wenn man die Wirtschaft auch hier am Standort erhalte und mitnehmen könne. Er halte diese Regelung für unnötig. Sie mache keinen Sinn. Es wäre ein Standortvorteil, wenn man dem begegnen könnte. Er wisse, dass es nicht einfach sein werde. Das sage er auch klar. Er sei dankbar, dass der Minister das so aufgreifen wolle.

## 7 **Verschiedenes** (s. Anlage 3)

**Vorsitzender Stefan Engstfeld** verweist auf den Terminplan 2022, zweite Jahreshälfte, der als Tischvorlage vorliege (s. **Anlage** zu diesem Protokoll).

Der Ausschuss stimmt dem Terminplan für das Jahr 2022 einstimmig zu.

gez. Britta Oellers  
Vorsitzender

### 3 Anlagen

21.10.2022/28.10.2022

2





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa und Internationales  
Stefan Engstfeld, MdL

**INGE BLASK, MdL**  
Sprecherin für Europa & Internationales

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-2510  
EMail [inge.blask@landtag.nrw.de](mailto:inge.blask@landtag.nrw.de)  
[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

- per E-Mail -



12. September 2022

**Beantragung von zwei Tagesordnungspunkten für die Sitzung  
am 23. September 2022**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich folgende Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 23. September 2022:

**1. Wie vertritt die Landesregierung die Interessen NRWs im Gesetzgebungsprozess des Fit-for-55-Gesetzespakets?**

Das Fit-for-55-Gesetzespaket soll dafür sorgen, dass die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030 um mindestens 55 Prozent gesenkt werden. Sind die neuen oder überarbeiteten Richtlinien bzw. Verordnungen einmal beschlossen, wird NRW in erheblichem Maße gefordert sein, die dort formulierten Transformationsziele umzusetzen.

- Bitte erläutern Sie für die einzelnen Gesetzesinitiativen, welche Transformationserfordernisse aus Sicht der Landesregierung besonders relevant für NRW sein werden. Wo liegen besondere Herausforderungen für unser Bundesland?
- Bitte stellen Sie dar, welche Interessen die Landesregierung im aktuellen Beratungsverlauf der jeweiligen Dossiers verfolgt und auf welche Weise sie sich dafür einsetzt, um diese im Sinne NRWs zu erreichen.

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



**2. Unterstützt die Landesregierung das Werben Manfred Webers für das Rechtsbündnis in Italien?**

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, MdEP, unterstützt Silvio Berlusconi`s Rechtsbündnis vor der vorgezogenen Parlamentswahl in Italien am 25. September. Wie bewertet die Landesregierung diese Wahlkampfhilfe?

Wir bitten die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht sowie die Möglichkeit Nachfragen an das zuständige Fachministerium in der Ausschusssitzung stellen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Inge Blask, MdL





**Prof. Dr. Andreas Pinkwart**

Sprecher für Europa und Internationales

Sprecher für Schule und Bildung

Ausschuss für Europa und Internationales  
Herrn Vorsitzender Stefan Engstfeld  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Dienstag, 20. September 2022

#### **Berichts-anfrage für den AEI**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Engstfeld,

hiermit beantragen wir für die FDP Landtagsfraktion für die nächste Sitzung des AEI einen mündlichen Bericht der Landesregierung zu der Frage:

1. Wie positioniert sich die Landesregierung gegenüber der EU-Chemikalienstrategie und der REACH-Verordnung?

Die EU-Chemikalienstrategie, die aktuell erarbeitet wird, soll den Binnenmarkt für chemische Produkte unter der Maßgabe von Nachhaltigkeit neu regeln. Zudem wird gegenwärtig die REACH-Verordnung zur „Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe“ evaluiert.

Gerade weil die Energiekrise die Situation für unsere heimische Industrie drastisch verschärft, stellt sich diese Frage mit großer Dringlichkeit. Ich bitte die Landesregierung um einen mündlichen Bericht.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart



### Terminplan 2022 - 2. Jahreshälfte -

Entwurf  
Sitzungsplanung AEI

fett umrandet = Sitzungstermine  
gestrichelt umrandet = Bedarfstermine

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
Juli					1	2	3	sitzungsfrei
	4	5	6	7	<u>8</u>	9	10	sitzungsfrei
	11	12	13	14	15	16	17	sitzungsfrei
	18	19	20	21	22	23	24	sitzungsfrei
	25	26	27	28	29	30	31	sitzungsfrei
August	1	2	3	4	5	6	7	sitzungsfrei
	8	9)	10	11	12	13	14	sitzungsfrei
	15	16	17	18	19	20	21	Sitzungswoche
September	22	23	<b>24</b>	25	26	27	28	Sitzungswoche
	29	30	<b>31</b>	1	2	3	4	Sitzungswoche
	5	6	7	8	9	10	11	Sitzungswoche
	12	13	14	15	<u>16</u>	17	18	Sitzungswoche
	19	20	<b>21</b>	22	<b>23</b>	24	25	<b>23.09. Sitzung 15.00 Uhr</b>
Oktober	26	27	<b>28</b>	29	<b>30</b>	1	2	Sitzungswoche
	<b>3</b>	4	5	6	<u>7</u>	8	9	<b>Herbstferien</b> 03.10.-14.10. sitzungsfrei
	10	11	12	13	14	15	16	sitzungsfrei
	17	18	19	20	<b>21</b>	22	23	<b>21.10. Sitzung</b>
November	24	25	<b>26</b>	27	<u>28</u>	29	30	Sitzungswoche
	31	1	<b>2</b>	3	4	5	6	Sitzungswoche
	7	8	9	10	11	12	13	Sitzungswoche
	14	15	16	17	<b>18</b>	19	20	<b>18.11. Sitzung</b>
	21	22	23	24	<u>25</u>	26	27	Sitzungswoche (Votum an HFA HH bis zum 25.11)
Dezember	28	29	30	1	<b>2</b>	3	4	<b>Bedarfstermin 2.12</b>
	5	6	7	8	9	10	11	<u>Neu: Plenum</u>
	12	13	14	15	<u>16</u>	17	18	Sitzungswoche
Januar	19	<b>20</b>	21	22	23	24	25	<u>Neu: Plenum</u>
	26	27	28	29	30	31	1	<b>Weihnachtsferien</b> 24.12.-08.01. sitzungsfrei
	2	3	4	5	6	7	8	sitzungsfrei

**FEIERTAGE 2022**

1. Januar	Neujahr
15. April	Karfreitag
18. April	Ostermontag
1. Mai	Maifeiertag
26. Mai	Christi Himmelfahrt
6. Juni	Pfingstmontag
16. Juni	Fronleichnam
3. Oktober	Tag der Deutschen Einheit
1. November	Allerheiligen
25./26. Dezember	Weihnachten

**SCHULFERIEN 2022**

23.12.2021 bis 08.01.2022	Weihnachtsferien
11.04. bis 22.04.	Osterferien
06.06.	Pfingstferien
27.06. bis 09.08.	Sommerferien
03.10. bis 14.10.	Herbstferien
23.12.2022 bis 08.01.2023	Weihnachtsferien

**BUNDESRAT 2022 (Plenarsitzungen)**

11. Februar
11. März
8. April
20. Mai
10. Juni
8. Juli
16. September
7. Oktober
28. Oktober
25. November
16. Dezember